

## EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1  
Postfach  
6048 Horw  
info@horw.ch

Thema **Einwohnerratssitzung**  
Sitzungsdatum **24. Mai 2012, 16.00 – 19.10 Uhr**  
Sitzungsort **Pfarrzentrum**  
Vorsitz **Konrad Durrer**

Kontakt Heike Sommer  
Telefon 041 349 12 51  
Telefax 041 349 14 81  
E-Mail heike.sommer@horw.ch

## PROTOKOLL NR. 333

Anwesend **28 Einwohnerratsmitglieder**  
**5 Gemeinderatsmitglieder**  
**1 Gemeindeschreiber**

Entschuldigt - **Bernasconi Manuela** (anwesend ab 16.40 Uhr)  
- **Meier Claudia**  
- **Scammacca Albisser Miriam**

### Traktandenliste

- |  |          |
|--|----------|
| 1. Ersatzwahl Urnenbüromitglied  | Seite 4  |
| 2. Bericht und Antrag Nr. 1478 Zinsbeitrag an die Genossenschaft Papiermühle ab 2013   | Seite 4  |
| 3. Bericht und Antrag Nr. 1475 Jahresbericht 2011  | Seite 9  |
| 4. Bericht und Antrag Nr. 1483 Jahresrechnung 2011   | Seite 13 |
| 5. Fragestunde   | Seite 20 |
| 6. Dringliche Motion Nr. 272/2012 von Thomas Zemp, CVP: Planungsbericht "Entlastung pflegender Angehöriger"                                  | Seite 21 |
| 7. Dringliches Postulat Nr. 634/2012 von Jürg Biese, FDP, und Mitunterzeichnenden: Alternativ-Standort Spielgruppe Allmend                   | Seite 22 |
| 8. Postulat Nr. 631/2012 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Anbindung Bahnhof Horw an das Normalspurnetz der SBB für Personenzüge | Seite 23 |
| 9. Interpellation Nr. 608/2012 von Reto von Glutz, SVP, und Mitunterzeichnenden: Kohlenmonoxidvergiftungen - was tut die Gemeinde Horw?      | Seite 23 |

**Sprecher/in**

Konrad Durrer (LZO)

**Feststellungen**

Die Einladungen wurden fristgerecht versandt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

**Gratulationen**

Seit der letzten Sitzung durfte ich wieder vielen Personen aus unserer Gemeinde zu hohen Geburtstagen gratulieren.

**Repräsentationen**

- Politisches Speeddating der Jugendanimation
- Wahlfeier der vier grossen Parteien
- Festspiel anlässlich des 40-jährigen Jubiläums der Musikschule

**Einbürgerungen**

Die Bürgerrechtsdelegation hat je zwei Personen aus dem Kosovo und Bosnien-Herzegowina und je einer Person aus Spanien, Deutschland und dem Irak das Horwer Bürgerrecht zugesichert.

**Protokolle**

Seit der letzten Sitzung wurden keine Protokolle veröffentlicht.

**Neueingänge**

27. April 2012: Dringliches Postulat Nr. 634/2012 von Jürg Biese, FDP, und Mitunterzeichnenden: Alternativ-Standort Spielgruppe Allmend

16. Mai 2012: Dringliche Motion Nr. 272/2012 von Thomas Zemp, CVP: Planungsbericht "Entlastung pflegender Angehöriger"

**Rechtskraft von Beschlüssen**

Der Bericht und Antrag Nr.1471, Musikschulreglement, ist in Rechtskraft erwachsen.

**Dringliches Postulat Nr. 634/2012 von Jürg Biese, FDP, und Mitunterzeichnenden: Alternativ-Standort Spielgruppe Allmend**

Die in meinem Postulat aufgezeigte Situation im Pavillon der Spielgruppe Allmend ist aus meiner Sicht untragbar und muss rasch korrigiert werden.

Jürg Biese (FDP)

Am 15. März 2012 haben wir im Einwohnerrat den B+A Nr. 1470 "Projektierungskredit für Vor-, Bauprojekt und Kostenvoranschlag Oberstufenschulhaus" gutgeheissen. Ebenso haben wir im Einwohnerrat am 19. Januar 2012 den B+A Nr. 1466 "Planungsbericht Landabgabe im Ortskern" zustimmend zur Kenntnis genommen.

Eine Überprüfung der Integration der Spielgruppe Allmend in das Oberstufenschulhaus oder auch in die Bauten E oder F1, wo insbesondere auch die Integration der Kindertagesstätte Kita zur Diskussion steht, liegt für mich auf der Hand.

Die Dringlichkeit meines Postulates begründe ich mit dem Umstand, dass die weiteren Projektierungsphasen für die vorgenannten Bauten freigegeben und gestartet worden sind. Je später eine Überweisung des Postulats erfolgt, desto weiter werden die Projekte fortgeschritten sein und desto umständlicher, aufwendiger und teurer wird eine nachträgliche Integration und Umprojektierung zur Berücksichtigung der Spielgruppe.

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit nicht.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

**Dringliche Motion Nr. 272/2012 von Thomas Zemp, CVP: Planungsbericht "Entlastung pflegender Angehöriger"**

In den vergangenen Monaten ist u.a. ein Betreuungsangebot durch den Verein "Pilatusblick" - Leben mit Demenz" lanciert worden. Das Angebot ist aus heutiger Sicht längerfristig nicht überlebensfähig. Es geht bei der Motion nicht darum, das Angebot zu erhalten, aber so ein Angebot könnte eine Basis sein, auf der man aufbauen kann und es wäre von mir aus gesehen schade, wenn man mit der Analyse und der Planung von Angeboten so lange warten würde, bis dem Projekt die Puste ausgegangen ist.

Thomas Zemp (CVP)

Sie haben in der Rechnung 2011 gesehen, dass uns die Kosten in der Pflegefinanzierung davonlaufen. Eine Entlastung von pflegenden Angehörigen könnte einen Beitrag leisten, um die Kosten in den Griff zu bekommen.

Ich gehe davon aus, dass sich der zuständige Gemeinderat schon längstens mit dem Thema befasst hat und dass es nur noch darum geht, die Erkenntnis für den Einwohnerat in einem Planungsbericht aufzubereiten.

Der Gemeinderat bestreitet die Dringlichkeit, weil kein Anliegen vorliegt, das gegenstandslos wird oder nicht rückgängig gemacht werden kann, wenn Aufschub erteilt wird. Das Anliegen könnte ordentlich traktandiert behandelt werden.

Oskar Mathis (L2O)

Die Motion greift ein ganz wichtiges Thema auf, es ist aber nur ein Thema aus dem Gesamten. Speziell die Entlastung pflegender Angehöriger ist etwas, was man im Gesamten anschauen muss und deshalb finde ich es wichtig, dass man die Ressourcen in eine gesamte Alterspolitik investiert und im Rahmen dessen das Thema aufbereitet. Darum bin ich der Meinung, dass das Postulat als nicht dringlich zu überweisen ist.

Hannes Koch (L2O)

Ich weise Sie auf die Fristen hin: Wenn die Motion nicht dringlich behandelt wird, wird es voraussichtlich 12 Monate dauern, bis sie im Rat wieder auf dem Tisch ist und dann werden wir erst darüber diskutieren, ob sie überwiesen wird oder nicht und dann wird der zuständige Gemeinderat noch einmal 12 Monate haben, um uns etwas vorzulegen, worüber wir beraten können. Selbstverständlich geht etwas kaputt, wenn man es nicht jetzt macht, denn jegliche Mehrausgaben, die wir durch eine frühzeitige Behandlung der Thematik einsparen können, werden Sie nicht wieder rückgängig machen können und auch wenn beispielsweise das Angebot vom Verein Pilatusblick eingeht, werden Sie dies auch nicht wieder rückgängig machen können.

Thomas Zemp (CVP)

An der letzten Sitzung hat die L2O eine dringliche Motion eingereicht, mit der wir die Finanzierung für genau solche Themen sichern wollten. Wir haben einen Vorschlag gebracht, wofür man das Geld investieren könnte und das wurde abgelehnt, was für mich nicht ganz verständlich ist. Jetzt sehe ich nicht ein, warum man ein Thema behandeln muss, das ein ganz wichtiges und relativ grosses Thema ist, aber der pflegende Angehörige wird erst dann ein Thema, wenn wir den Patienten haben und der Patient steht im Zentrum von dem System, das man nachher betreuen muss. Deshalb finde ich es wichtig, dass man möglichst schnell die Energie darauf richtet, dass etwas für eine Gesamtbeurteilung der Situation im Alter unternommen wird. Es sollten nicht einfach Stückchen herausgepickt werden. Eine Tagesstätte wie der "Pilatusblick" geht nicht sofort ein, hat es aber schwer, genau wie die anderen Tagesstätten auch, weil diese sich auf ein Kundensegment beschränken, nämlich Demenzkranke. Wir müssen also gesamthaft anschauen, wie wir unsere alten Menschen zu Hause betreuen und ihre pflegenden Angehörigen unterstützen.

Hannes Koch (L2O)

Genau das Herr Koch, wäre doch jetzt ein Thema, wenn es doch so wichtig ist. Ich verstehe Ihre Argumentation nicht, warum Sie das jetzt nicht überweisen wollen. Grundsätzlich hat der Gemeinderat genau dann die Möglichkeit zu sagen, dass das ein guter Vorschlag ist und dass er es nicht so spezifisch macht, sondern gleich in der ganzen Breite. Im Rahmen von dem Vorstoss verbieten wir nicht, das Anliegen aufzugreifen, sondern es wäre sogar geschickt, wenn der Gemeinderat das sofort aufgreifen würde, dann hätten wir zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen.

Heiri Niederberger  
(CVP)

Ich habe nie Nein gesagt, ich finde es ein wichtiges Thema. Ich bin aber gegen die Dringlichkeit, denn es ist ein Einzelstückchen, das so keinen Sinn macht.

Hannes Koch (L20)

**Abstimmung:**  
**Der Dringlichkeit wird mit 16:10 Stimmen zugestimmt.**

Konrad Durrer (L20)

## 1. Ersatzwahl Urnenbüromitglied

### Wahlergebnis:

Ausgeteilte Wahlzettel	28
Eingegangene Wahlzettel	28
Ungültige Wahlzettel	0
Leere Wahlzettel	0
Gültige Wahlzettel	28
Absolutes Mehr	15

Konrad Durrer (L20)

Gewählt ist Daniel Blum mit 28 Stimmen.

## 2. Bericht und Antrag Nr. 1478 Zinsbeitrag an die Genossenschaft Papiermühle ab 2013

### Eintreten GPK

Der B+A Nr. 1478 "Mietzinsbeihilfen an die Genossenschaft Papiermühle" wurde in der GPK zweimal behandelt. Das Anliegen der GPK war, dass bei einem Verkauf der Liegenschaft mit Gewinn, die Beträge der Gemeinde wieder zurückfliessen sollten. Bei der Verlängerung der Vereinbarung zwischen der Gemeinde und der Genossenschaft Papiermühle im Jahr 2002 wurde versucht, die Rückzahlungsverpflichtung gegenüber der Gemeinde mittels eines Vorkaufsrechts zu sichern. Dieses Vorkaufsrecht läuft im Jahr 2027 ab.

Astrid David Müller  
(SVP)

Anlässlich der ersten Behandlung des Geschäfts durch die GPK am 8. Mai 2012 forderte diese den zuständigen Gemeinderat auf, die Rückzahlungsverpflichtung gegenüber der Gemeinde bei einem Verkauf der Liegenschaft mit Gewinn im Rahmen eines Servituts sicherzustellen. Vor der zweiten Sitzung am 15. Mai 2012 erhielt die GPK dann ein von der Gemeinde weitergeleitetes E-Mail der Genossenschaft, datierend vom 10. Mai 2012, wonach diese kulanterweise mit einer Verlängerung des Vorkaufsrechts bis ins Jahr 2032 einverstanden wäre, eine weitergehende Verlängerung des Vorkaufsrechts aber ablehne. Seitens des Gemeinderats wurden offenbar keine weiteren Bemühungen unternommen, die Darlehensforderung auf andere Weise zu sichern. Damit ist der Gemeinderat den klaren Vorgaben der GPK nicht nachgekommen.

Nach Ansicht der GPK ist jedoch das Vorkaufsrecht ohnehin nicht das geeignete Instrument zur Sicherstellung der Darlehensforderung. Die Einräumung eines Vorkaufsrechts gibt zwar dem Berechtigten das Recht, bei einem Verkauf, beispielsweise einem Verkauf, das Grundstück zu den Bedingungen zu erwerben, die der Verkäufer mit dem Dritten vereinbart hat. Die Gemeinde will aber nicht das Grundstück kaufen, sondern nur die Rückzahlungsverpflichtung absichern. Dies lässt sich am einfachsten und effizientesten mittels einer Grundpfandrechtlichen Sicherstellung, beispielsweise einer Grundpfandverschreibung gemäss Art. 824 ff ZGB regeln. Diese beruht auf einem öffentlich zu beurkundenden Pfandvertrag und ist in das Grundbuch einzutragen. Die Grundpfandverschreibung ist akzessorisch zum Grundgeschäft, hier dem Darlehen, was bedeutet, dass das Pfandrecht nur in dem Umfang gilt, als die Forderung noch besteht. Allfällige Amortisationen führen also automatisch zu einer Reduktion des Grundpfandrechts, ohne dass dies im Grundbuch geändert werden müsste.

Die Gemeinde kann sich verpflichten, die grundpfandrechtlich gesicherte Forderung nur im Falle eines Verkaufs der Liegenschaft mit Gewinn geltend zu machen. Die Genossenschaft Papiermühle wird durch die Eintragung eines Grundpfandrechts in keinerlei Weise beschwert und auch der Charakter des Geschäfts ändert sich dadurch nicht.

Die GPK erachtet grossmehrheitlich die Sicherstellung der Darlehensforderung mittels eines Grundpfandrechts als sinnvolle und praktikable Lösung. Um dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, eine geeignete Sicherstellung des Darlehens zu verhandeln, beantragt die GPK die Rückweisung des Geschäfts im Sinne ihrer Ausführungen.

#### **Eintreten CVP**

Bei dem B+A Nr. 1478 "Mietzinsbeihilfe an die Genossenschaft Papiermühle ab 2013" geht es um eine Verlängerung einer seit 20 Jahren bestehenden Zusammenarbeit zwischen der Genossenschaft Papiermühle als Eigentümerin der Liegenschaft und dem Kulturbetrieb "Zwischenbühne" als Mieter und der Gemeinde.

Heiri Niederberger  
(CVP)

Die Papiermühle und die Zwischenbühne sind heute Bestandteile und Werte von Horw, fast wie der Egli im Wappen. Man darf sagen, dass das Zusammenwirken von Öffentlichkeit, privater Trägerschaft und Kulturbetrieb beispielhaft ist, wie kommunale Werte nachhaltig funktionieren und gepflegt werden können. Vor allem auch unter dem Aspekt ist die CVP-Fraktion sehr daran interessiert, diese Zusammenarbeit weiterzuführen.

Es besteht im Moment eine Vereinbarung zwischen der Gemeinde und der Genossenschaft Papiermühle, die die Beihilfen an die Kapitalkosten für den Wiederaufbau der Zwischenbühne regelt. Die Zwischenbühne ist ja nur ein Bestandteil von dem ganzen Gebäudekomplex der Papiermühle und für den Wiederaufbau wurde seinerzeit eine Bankschuld aufgenommen und die Gemeinde hat geholfen, diese mit einem jährlichen Beitrag von 33'000 Franken für die Zinsen und die Amortisation abzutragen. Im Gegenzug erhielt die Gemeinde ein Vorkaufsrecht bis zum Jahr 2027, und zwar nicht nur für die Zwischenbühne, sondern für die gesamte Liegenschaft der Papiermühle. Diese Vereinbarung läuft Ende des Jahres ab und aufgrund des Antrags der Genossenschaft Papiermühle auf Erneuerung der Vereinbarung liegt nun der B+A vor. Der Gemeinderat zeigt darin Varianten auf und schlägt anstelle des bisherigen Systems mit einem fixen Jahresbeitrag eine Gewährung eines zinslosen Darlehens für die Restschuld der 293'000 Franken mit einer jährlichen Amortisation von 20'000 Franken zulasten der Gemeinde vor. Letztendlich ist das ein Finanzierungsvorschlag, der noch ein bisschen tiefer liegt als der Antrag der Genossenschaft Papiermühle. Damit kann man in gegenseitiger Absprache die Vereinbarung erneuern und das würde auch auf ein gutes Weiterführen der Vereinbarung schliessen lassen.

Die CVP-Fraktion unterstützt den Vorschlag, weil wir der Auffassung sind, dass das Gemeinschaftswerk Papiermühle uns das wert ist und damit die Zusammenarbeit für weitere 10 Jahre gesichert ist. Nachdem die Genossenschaft signalisiert hat, das Vorkaufsrecht um 5 Jahre zu verlängern scheint uns, dass die Leistung der Gemeinde angemessen gesichert ist. Ich möchte darauf hinweisen, dass auch das Risiko bestehen könnte, dass man mit weitergehenden Forderungen sagt, dass man an so einer Vereinbarung kein Interesse mehr habe.

Aus diesen Gründen ist die CVP-Fraktion für Eintreten und Zustimmung zum Vorschlag des Gemeinderates.

#### **Eintreten SVP**

Die SVP schliesst sich der Kritik der GPK an: Nach dem eher durchgezogenen Bescheid der Genossenschaft Papiermühle hat der Gemeinderat gar nicht versucht, eine andere Sicherstellung der Darlehensforderung anzustreben, obschon die GPK ihn explizit dazu aufgefordert hat.

Dabei ist eine grundpfandrechtl. Absicherung ohne Weiteres möglich. Auf diese Weise kann das Darlehen für den Fall eines Verkaufs der Liegenschaft mit Gewinn einfach und zweckmässig sichergestellt werden, ohne die Genossenschaft Papiermühle auf irgendeine Weise zu belasten.

Nach Ansicht der SVP geht der B+A aber auch in einem anderen Punkt zu wenig auf bedeutende Aspekte ein: So wird ein eindeutiger Zusammenhang zwischen der Darlehensvergabe und der Verpflichtung der Genossenschaft Papiermühle, die Lokalitäten den Horwer Vereinen und Institutionen zur Verfügung zu stellen, hergestellt, indem ausgeführt wird, dass im Falle eines Verzichts auf die Mietzinsbeihilfen die entsprechende Verpflichtung entfällt. Es wird aber nirgendwo zahlenmässig belegt, inwieweit gerade Horwer Vereine und Institutionen diese Lokalitäten überhaupt nutzen bzw. welche Vergünstigungen sie dabei erhalten. Immerhin wird in der Formulierung des Zwecks der Genossenschaft ausdrücklich festgehalten, dass die Räume sogar unentgeltlich zur Verfügung gestellt werden können. Es wäre interessant zu erfahren, ob dies überhaupt zugunsten Horwer Vereinen geschieht und wenn ja, in welchem Umfang.

Da es an einer Dokumentierung des Istzustandes fehlt, lässt sich auch nicht prüfen, inwiefern die Genossenschaft künftig den im B+A mehrfach erwähnten Verpflichtungen nachkommt. Damit entfällt auch die Möglichkeit festzustellen, ob dieser Zweckbestimmung überhaupt noch nachgelebt wird.

Um dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, die oben dargelegten Lücken aufzufüllen bzw. mit der Genossenschaft Papiermühle eine grundbuchliche Sicherung der Darlehensforderung zu verhandeln, beantragt unsere Fraktion ebenfalls die Rückweisung des B+A.

#### **Eintreten FDP**

Die FDP-Fraktion kann sich den Voten der GPK und der SVP anschliessen und sieht die Bedürfnisse. Wir sind nicht gegen eine Mietzinsbeihilfe, wir sind für eine sinnvolle und massvolle Unterstützung der kulturellen Institutionen. Für uns ist ebenfalls wichtig, dass man die Restschuld sicherstellen kann. Deshalb möchte auch die FDP-Fraktion dem Gemeinderat die Gelegenheit geben, noch einmal mit der Genossenschaft zu verhandeln. In dem Sinn sind wir für eine Rückweisung des B+A Nr. 1478.

Astrid David Müller  
(SVP)

Ulrich Nussbaum  
(FDP)

### **Eintreten L2O**

Die Papiermühle ist eine wichtige kulturelle Institution, die mit einem vielfältigen Programm weit über die Horwer Grenzen hinaus bekannt ist.

Bereits 1992 wie auch 2002 ist die Fortsetzung der finanziellen Unterstützung in Aussicht gestellt worden. Die finanzielle Situation der Genossenschaft Papiermühle ist in einem Zustand, in dem das zinslose Darlehen von 293'000 Franken gesprochen werden kann. Die Variante 4 ist aus Sicht der L2O die richtige Lösung. Die L2O ist mehrheitlich für Eintreten und Annahme vom B+A Nr. 1478.

Zum vorliegenden B+A folgende Ergänzungen des Gemeinderates: Die Vorgeschichte ist Ihnen allen sehr gut bekannt, was aber nicht erwähnt wurde und was ich gerne unterstreichen möchte, ist die mehrmalige Unterstützung zur Erhaltung eines Kulturbetriebes in Horw. Es war dazumal nie die Meinung, die 500'000 Franken wieder einmal zurückzufordern oder zu blockieren. Mit dem langjährigen Vertrag wollte man der Genossenschaft Papiermühle à fonds perdu finanzielle Unterstützung geben.

Wenn Sie die Gedankenspiele machen, dass ein allfälliger Verkauf stattfinden soll, dazu wurde vom Vorstand gesagt, dass sie diese Absicht nicht hätten. Selbstverständlich haben wir das nicht schriftlich, aber vergessen Sie nicht, die mietgünstige Situation, die dem Verein Papiermühle wie auch der Genossenschaft Zwischenbühne ermöglicht wird, ist nicht zuletzt auch ein Rückschluss finanzieller Art, weil sie die Vergünstigung der Gemeinde hat. Wenn man das nicht so handhaben würde hätte das zur Folge, dass die Mieten marktkonform angepasst werden müssten und kulturelle Vereine vermutlich wieder bei der Gemeinde um entsprechende Unterstützung anklopfen müssten. Der Gemeinderat ist überzeugt, dass wir mit den aufgezeigten Varianten die Möglichkeiten gesehen haben. Wir haben diese mit dem Vorstand der Genossenschaft Papiermühle diskutiert und sind der Meinung, dass mit der Variante 4 eine Fortsetzung vom heutigen Vertrag stattfinden soll und so auch das Vorkaufsrecht wie auch die Darlehen bis zum Jahr 2027 abgebaut sein sollten resp. auf ein weiteres Vorkaufsrecht verzichtet wird. In dem Sinn bleibt der Gemeinderat bei seinem Antrag und bittet Sie, dem Antrag zuzustimmen.

Ich habe den Eindruck, in der Sache hätte man wahrscheinlich eine klare Mehrheit hier im Rat, es geht im Moment mehr um das Formelle. Wenn ich die Darstellung des Sachverhaltes im B+A Nr. 1478 anschauen muss ich sagen, dass es aus meiner Sicht etwas unglücklich dargestellt wurde, man hätte besser aus dem B+A Nr. 1195 aus dem Jahr 2002 abgeschrieben, darin war klar, worum es geht.

Bevor man einen Entscheid auf Rückweisung fällt, muss man sich einigen Punkten bewusst sein. Den Antrag der GPK kann ich aufgrund von dem B+A nachvollziehen, aber wenn man ein wenig recherchiert und die Geschichte der Papiermühle kennt, stelle ich fest, dass es einige Missverständnisse gibt und vielleicht auch eine Wissenslücke vorliegt und darum kommt man zu dem Antrag auf Rückweisung.

Ende der 70er-Jahre hat der Einwohnerrat beschlossen, das Grundstück der Papiermühle mit den Objekten zu verkaufen. Es kam zu einer Volksabstimmung, zu einer Zeit, als es nur zwei Parteien in Horw gab, nämlich die CVP und die Liberalen, und damals waren die Liberalen dagegen. Die Liberalen haben die Volksabstimmung gewonnen und das Ganze wurde bachab geschickt. Es war auch noch ein wenig in der Zeit der Nachwehen der 68er-Jugendbewegung in Zürich, als man den Eindruck hatte, dass so etwas in Horw nicht notwendig ist. Nachher waren es vor allem CVP-Exponenten, die privat die Initiative ergriffen haben, das Grundstück gekauft, eine Genossenschaft gegründet und angefangen haben, die Objekte zu renovieren. Die Gemeinde hat sich daran überhaupt nicht beteiligt. Die Gemeinde kam erst ins Spiel, als nachher die Zwischenbühne

Hannes Koch (L2O)

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

Thomas Zemp (CVP)

abgebrannt ist. Dabei ging es rein um den Wiederaufbau der Zwischenbühne und die Gemeinde hat sich verpflichtet, einen Beitrag an die Kapitalkosten zu leisten. In dem B+A steht etwas von Mietzinsbeihilfe, aber es ist keine Mietzinsbeihilfe an die Genossenschaft Papiermühle, wenn schon, wäre es eine an die Genossenschaft Zwischenbühne.

1992 hat man sich für einen Zeitraum von 10 Jahren darauf geeinigt, dass die Zinsen für den Bankkredit von 500'000 Franken gezahlt werden. 2002, als es um die Verlängerung der Vereinbarung gegangen ist, hat man es ausgedehnt und zahlt seitdem auch etwas an die Amortisation. Im Einwohnerrat war man ziemlich mehrheitlich dafür, die Vereinbarung zu verlängern. Ich war damals Sprecher der GPK und wir durften sagen, dass das eine sehr ausgewogene Lösung ist, die man mit der Genossenschaft finden konnte, indem man gesagt hat, dass man etwas an die Amortisation zahle. Wenn das Vorkaufsrecht 2027 ausläuft wird das Gebäude ca. 35 Jahre alt sein und dann kann man es wieder renovieren. Es findet also keine Wertsteigerung, sondern ein Wertverlust des Gebäudes statt. Vom Grundstück nicht, aber mit dem hat die Gemeinde nichts zu tun.

Damit es eine gewisse Verpflichtung gibt, hat die Genossenschaft der Gemeinde ein Vorkaufsrecht eingeräumt. Dieses allein ist noch nicht so viel wert, aber wenn das Vorkaufsrecht zur Anwendung kommt, werden der Gemeinde sämtliche Beiträge an die Kapitalkosten zurückerstattet und das ist eigentlich der Punkt. Für die Gemeinde ist das eine sehr grosszügige Lösung, für die Genossenschaft Papiermühle sehe ich es etwas anders. Das ist das Gleiche, als wenn ich zu meinem Vermieter gehe und sage, dass ich schon 10 Jahre in der Wohnung bin, wir machen einen Vertrag mit einem Vorkaufsrecht für mich und wenn ich es dann ausübe, werden alle Mieten, die ich bisher bezahlt haben angerechnet. Das wird wohl niemand so machen.

Vor dem Hintergrund ist es nicht gerechtfertigt, dass eine Rückzahlung von dem Beitrag an die Kapitalkosten verlangt wird. Was aber selbstverständlich gemacht werden muss, ist das Darlehen als solches pfandrechtlich abzusichern. Aber ich gehe davon aus, dass das eine Selbstverständlichkeit ist und der Gemeinderat nicht irgendjemandem ein Darlehen von 300'000 Franken gibt und dafür keine Sicherheit verlangt. Das hätte auch die Bank nicht gemacht, die das Darlehen von 500'000 Franken gegeben hat. Ich habe nicht den Eindruck, dass man nur deswegen den B+A zurückweisen muss. Das ist eine Selbstverständlichkeit und wie ich in der Variante 4 lese, ist es auch ganz klar die Meinung, dass man die Verpflichtungen bis 2027 weiterführt, man wird weiter das Vorkaufsrecht haben und die geleisteten Kapitalkosten werden angerechnet, falls man das Vorkaufsrecht ausüben würde. Die Genossenschaft Papiermühle ist den Passus mit Sicherheit nur eingegangen, weil sie weiss, dass sie nie verkaufen wird.

Das Eintreten ist bestritten. Wir haben einen Antrag auf Rückweisung zur Änderung von der GPK, der SVP und der FDP.

Konrad Durrer (L20)

**Abstimmung:**

**Der Bericht und Antrag Nr. 1478 wird mit 16:8 Stimmen zurückgewiesen.**

### 3. Bericht und Antrag Nr. 1475 Jahresbericht 2011

#### Eintreten GPK

Der vorliegende, ausführliche Bericht zeugt davon, dass im vergangenen Jahr wiederum viel Arbeit geleistet wurde. Daneben gibt es Aufgaben, welche nicht oder nur teilweise erfüllt werden konnten. Durch den ganzen Bericht zieht sich denn auch die Frage der Personalkapazitäten, welche offenbar nicht im gewünschten Mass ausreichend waren. Es gibt noch viel zu tun, wobei es Sache des Gemeinderates ist, zu beurteilen, ob manchmal weniger nicht mehr wäre oder mit anderen Worten, Konzentration statt Verzettlung in Erwägung zu ziehen.

Während gewisse Kommentare nichts Neues bringen, gibt es wenige Punkte, bei denen die GPK etwas mehr Aufschluss gewünscht hätte. Einer davon ist das Re-Audit des Energiestadtlabels, welches offenbar erfolgreich bestanden wurde und woraus 71 Punkte resultierten. Da diese Zahl keinen Aufschluss gibt über den Grad der Erfüllung, ersuchen wir den Gemeinderat, die entsprechenden Angaben aufs Podest zu stellen.

Die GPK empfiehlt Ihnen, den Jahresbericht zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und darauf einzutreten.

#### Eintreten BVK

Die BVK stellt fest, dass eine beachtliche Anzahl der gesetzten Ziele erreicht und auch zum Abschluss gebracht wurden. Somit kann auch gesagt werden, dass die Ziele richtig gesteckt wurden, denn in vergangenen Jahren haben wir ja auch schon anderes erlebt. Die BVK wünscht sich an dieser Stelle drei Sachen: Für das kommende Jahr eine einheitliche Nummerierung im Jahresprogramm, die dann auch im Jahresbericht einer einfacheren Überprüfung dient. Zeitangaben, wann die genannten Berichte und Überprüfungen geplant sind und Werte, wie sie von der GPK erwähnt wurden. Ausserdem sollten Abkürzungen ausgeschrieben oder erklärt sein.

Die BVK ist einstimmig für Eintreten und Annahme vom B+A Nr. 1475.

#### Eintreten GSK

Einige Geschäfte konnten abschliessend behandelt werden, so hat z.B. die Gemeinde Horw als eine der ersten Gemeinden Betreuungsgutscheine eingeführt. Das Projekt "Innovative Alterspolitik" ist so weit fortgeschritten, dass ein Grundlagenbericht vorliegt. Die GSK begrüsst, dass das Altersleitbild überarbeitet wird und darauf aufbauend ein Massnahmenkatalog erarbeitet wird.

Die GSK nimmt den Jahresbericht zur Kenntnis und ist für Eintreten.

#### Eintreten CVP

Die CVP-Fraktion konnte bei der Beratung des B+A folgende Feststellungen machen:

- Die Berichterstattung ist bezogen auf den B+A Nr. 1430 "Jahresprogramm 2011" vollständig.
- Der Zielerreichungsgrad ist erwartungsgemäss sehr unterschiedlich ausgefallen.
- Die Erläuterungen sind überall vorhanden und nachvollziehbar.
- Der Bericht hat keine grösseren Fragen aufgeworfen.

Die CVP-Fraktion ist für Eintreten und Kenntnisnahme vom Jahresbericht 2011.

Alwin Larcher (SVP)

Hannes Koch (L20)

Heidi Pieper-Berdux  
(FDP)

Raphael Dali (CVP)

### **Eintreten SVP**

Alle Jahre wieder legt uns der Gemeinderat den Jahresbericht des abgelaufenen Jahres vor. Ich habe im letzten Jahr erwähnt, dass es positiv sei, dass viele Projekte abgeschlossen werden konnten. In diesem Jahr ist dies weniger der Fall. Als Randbemerkung ist zu erwähnen, dass es bei vielen Punkten heisst, dass der Zielerreichungsgrad eigentlich "nicht erreicht" ist und dann heisst es einfach "Start".

Zu einzelnen Punkten ein paar Bemerkungen resp. Fragen, die in unserer Fraktion entstanden sind:

- Der Grünflächenkataster konnte offenbar in Angriff genommen werden, ohne dass hier externe Hilfe erforderlich war.
- Es ist fraglich ob eine neue Anlaufstelle für das Alter geschaffen werden soll. Wir könnten uns auch vorstellen, dass eine solche in eine bisherige Abteilung integriert wird.
- Zum Projekt Kastanienbaumstrasse haben die Stimmberechtigten Nein gesagt. Jedoch hat auch das Referendumskomitee klar auf den Handlungsbedarf beim Fuss- und Radweg hingewiesen. Wie geht der Gemeinderat mit der neuen Situation um? Ist ein redimensioniertes Projekt geplant?
- Was hält der Gemeinderat vom Projekt AggloMobil due? In der Zeitung waren die Leserbriefspalten ziemlich voll und einige Gemeinden waren überhaupt nicht glücklich.
- Wer macht das sogenannte Standortmarketing-Konzept?

Die SVP ist für Eintreten und Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1475.

### **Eintreten FDP**

Wie üblich legt uns der Gemeinderat im Frühling den Jahresbericht des abgelaufenen Jahres vor. Dieser ist zugleich der letzte der Legislatur, die am 31. August endet. Der Jahresbericht gehört mit dem Jahresprogramm zum Controllinginstrument der Gemeinde.

Der Jahresbericht 2011 hat in der FDP-Fraktion nicht zu grossen Diskussionen geführt. Der Gemeinderat hat sich viel vorgenommen. 14 formulierte Ziele konnten mit Abschluss notiert werden. 11 Aufführungen wurden mit "Weiterführen" taxiert. Dies sind u.a. Geschäfte, die schon themenbedingt weitergeführt werden, so z.B. grössere Vorhaben, die sich auf mehrere Jahre ausdehnen.

Dem Bericht ist auch zu entnehmen, dass die Personenressourcen nicht so einfach zu planen sind, sind doch Krankheiten, Fluktuationen sowie grösserer Bedarf oft schwierig abzuschätzen.

Die FDP Fraktion dankt dem Gemeinderat für seine Arbeit und ist einstimmig für Eintreten.

### **Eintreten L20**

Der B+A Nr. 1475 "Jahresbericht 2011" erscheint in einer übersichtlichen, gut lesbaren Form. Der Bericht lässt sich gut mit dem festgelegten Jahresprogramm 2011 vergleichen und kann somit gut überprüft werden.

Die im Jahresprogramm formulierten Projekte wurden gestartet, zum Teil wie geplant abgeschlossen oder sie werden weitergeführt, um die Ziele vollumfänglich zu erreichen. Wichtige Informationen zum Abschluss oder zum aktuellen Stand werden in entsprechenden Texten erläutert. Es sind viele Ziele erreicht worden, dies ist sehr positiv und

Marcel Zimmermann  
(SVP)

Ruth Strässle-  
Erismann (FDP)

Rita Wyss (L20)

freut die L2O. Weil einige zeitintensive Projekte geplant waren, konnten nicht ganz alle Ziele erreicht werden. In gewissen Bereichen haben zum Teil die personellen Ressourcen gefehlt.

Die L2O hat eine Anmerkung zum Konzept IKS (Internes Kontrollsystem). Diesem Konzept sollte mehr Aufmerksamkeit gewidmet werden, damit dieses Projekt bald zu Ende geführt werden kann.

Die L2O ist für Eintreten und Kenntnisnahme vom vorliegendem B+A Nr. 1475.

Herzlichen Dank für die positive Aufnahme des Jahresberichtes 2011. Die von der BVK genannten Wünsche werden wir aufnehmen und das nächste Mal umsetzen. Zu den einzelnen Fragen werden wir in der Detailberatung Stellung nehmen.

Markus Hool (FDP)

## **Detailberatung**

### **Bericht und Antrag**

#### **2.14.1 Verkehr**

Dieser Punkt zeigt auf eindrückliche Art und Weise die Wichtigkeit von Planungsberichten auf und die fatale Konsequenz, wenn Mitglieder unseres Rates sich in ihrer Meinung und in ihrem Abstimmungsverhalten nicht gradlinig und konsequent verhalten.

Thomas Zemp (CVP)

Am 17. Februar 2011 wurde der erwähnte Planungsbericht mit 16:7 Stimmen klar angenommen. Der Antrag der GPK auf Realisierung der Minimalvariante beim Knoten Langensand wurde mit 9:16 Stimmen ebenfalls klar abgelehnt. Damit hat der Einwohnerrat eine ganz klare Ausgangslage für die Planung der beiden Vorhaben geschaffen und dem Gemeinderat zur Ausführung übergeben. Zwei Zitate aus den damaligen Verhandlungen:

Zitat 1 von Roland Bühlmann vom 17. Februar 2011:

"Wir sind einstimmig der Meinung, dass man die Strasse sanieren muss. Beim Knoten Langensand sind wir für die Verlegung der Mättiwilstrasse, wenn man mit den betroffenen Grundeigentümern eine Lösung finden kann. Bei der vorgeschlagenen Lösung geht nicht viel Landwirtschaftsland verloren und die Mehrkosten für die Verlegung der Strasse werden von den Grundeigentümern bezahlt. Im Gegenzug werden dafür 4'000 m<sup>2</sup> Land eingezont. Die SVP ist für Eintreten und einstimmig für zustimmende Kenntnisnahme vom B+A Nr. 1444"

Zitat 2 von Astrid David Müller vom 17. Februar 2011:

"Ich bitte Sie ebenfalls, den Vorschlag des Gemeinderates zu unterstützen, denn es ist ein moderater Vorschlag. Ich akzeptiere, dass es Anliegen geben kann, dass man die Halbinsel grün behalten soll, aber wenn man den kleinen Spickel einzont, würde man einerseits die Kreuzung entschärfen und andererseits ein Gebiet einzonen, das schon mitten in einem Siedlungsgebiet liegt und nicht so eine grosse Bedeutung hat."

Weitere Voten gab es von der SVP in der Detailberatung des Planungsberichtes nicht.

Der Gemeinderat hat dann genau das, und wirklich nur genau das geplant, was der Einwohnerrat im Planungsbericht mit klarer Mehrheit verlangt hat. Ohne dass sich in den 12 Monaten seit dem Planungsbericht die Ausgangslage verändert hat, wurde dann erstaunlicherweise der B+A für die Realisierung des Knotens Langensand am 26. April 2012 mit 12:14 Stimmen abgelehnt. Die SVP war plötzlich und ohne nachvollziehbare Begründung dagegen. Im Kurzprotokoll der letzten Einwohnerratssitzung lese ich: "Die SVP sieht nur kleine Massnahmen, damit die Situation verbessert werden

kann. Sie ist zudem gegen die Einzonung von Land an diesem Ort und findet die Kosten für die Umgestaltung viel zu hoch."

Genau gleich hat sich die SVP beim Bericht und Antrag für die Sanierung der St. Niklausenstrasse verhalten. Zuerst klare Zustimmung zum Planungsbericht und dann wird am 26. April 2012 der B+A für die Realisierung nur noch mit 13:9 Stimmen angenommen. Die SVP lehnt ab oder noch perfider, sie enthält sich der Stimme. Das Referendum war zu diesem Zeitpunkt bereits aufgelegt, denn es verging keine Woche und die Flugblätter gegen die Strassensanierung waren im Haus.

Meine Damen und Herren von der SVP, so geht es nun wirklich nicht. Mit diesem Verhalten haben Sie die Planungskosten der Gemeinde in den Sand gesetzt, mit diesem Verhalten haben Sie die Planungskosten von Privaten in den Sand gesetzt und mit diesem Verhalten haben Sie auch das Ansehen des Einwohnerrates massiv beschädigt. Und das macht ausgerechnet eine Partei, die sich mit Attributen wie gradlinig, konsequent oder haushälterischem Umgang mit den Finanzen verkauft. Liebe Kollegin, liebe Kollegen von der SVP, für mich war dieses Verhalten nicht nur verblüffend, für mich war das enttäuschend, und zwar einfach nur bitter enttäuschend.

Ich gebe zu, besonders gradlinig war unser Verhalten nicht. Aber es ist auch nicht verboten, dass man zwischen Planungsbericht und Bericht und Antrag gescheitert werden kann. Mich erstaunt besonders von Ihnen Herr Zemp, wo Sie als GPK-Präsident immer auf monetäre, finanzielle Disziplin geachtet haben, dass Sie jetzt auf einmal bei jeder Ausgabe Ja sagen. Das mag bestimmte Gründe haben, die wir nicht nachvollziehen können, die wir aber auch nicht nachvollziehen müssen. Herr Zemp ist ein Finanzfachmann, das hat er mehrfach bewiesen, und seine Nachfolgerin als Präsidentin der GPK ist dies ebenfalls. Man sollte also in der CVP mindestens teilweise ein wenig verstehen, was finanzielle Solidität ist, was eine Gemeinde vertragen kann und was allenfalls nicht. Man sieht ja auch bei unseren Nachbargemeinden Emmen und Kriens wohin es führt, wenn man einfach das Geld ausgibt. Wir sagen grundsätzlich Stopp zu einer exzessiven Verschuldung und das ist eine Politik, die Herr Zemp in der GPK immer verfolgt hat, aber jetzt auf einmal nicht mehr. Wir sind der Meinung, dass die Strassen einfach zu teuer geplant und gebaut wurden. Dass man zwischen Planungsbericht und B+A zu so einer Meinung kommen kann und dass in der Zwischenzeit auch einiges passiert ist, ist ja wohl klar. Wir sind nicht gegen punktuelle Verbesserungen an den beiden Strassen, das haben wir deutlich zum Ausdruck gebracht. Wenn wir damit durchkommen, liegt es an der Exekutive eine Variante auszuarbeiten, die deutlich weniger kostet und die Punkte, die am meisten stören, zu beseitigen.

Ich hoffe, dass Herr Zemp seine Enttäuschung mit der Zeit überwindet. Ich selber sehe es als einen Ausrutscher, dass er im Rat anfängt, zwischen zwei Parteien, die sich vielleicht auch einmal gegenseitig nötig haben, Zwietracht zu säen. Er hätte uns das auch an einer Sitzung zwischen den beiden Parteileitungen sagen können. Warum er es vorgezogen hat, die Öffentlichkeit des Rates zu suchen, ist mir schleierhaft. Trotzdem wird unsere Freundschaft langfristig keinen Schaden erleiden.

**Abstimmung:**  
**Der Jahresbericht 2011 wird einstimmig zur Kenntnis genommen.**

Alwin Larcher (SVP)

Konrad Durrer (L20)

#### 4. Bericht und Antrag Nr. 1483 Jahresrechnung 2011

##### Eintreten GPK

Die Rechnung 2011 schliesst ca. 3 Mio. Franken positiver ab als budgetiert. Einem Ertrag von rund 86.8 Mio. Franken steht ein Aufwand von rund 85.3 Mio. Franken gegenüber, das ergibt einen Gewinn von 1'514'085.40 Franken.

Der Aufwand ist mit 4.48 % Mehrkosten minim vom Budget abgewichen. Mehreinnahmen bei den Sondersteuern und Nachträge aus Vorjahren haben dazu geführt, dass die Erträge um 8.45 % höher ausgefallen sind als budgetiert. So konnte der etwas höhere Aufwand gut gedeckt werden.

Die wichtigsten Budgetabweichungen des Sachaufwands können wir dem B+A auf Seite 10 entnehmen. Die GPK möchte noch Folgendes festhalten:

- Beim Detail der Bestandesrechnung hat sich ein Fehler eingeschlichen. Der Zusammenzug "1019 Übrige" stimmt nicht. Die neuen Ausdrucke liegen jetzt auf dem Tisch.
- Bei der Laufenden Rechnung wurden einige Positionen nicht am gleichen Ort verbucht wie im Budget vorgesehen. Dies hat zur Folge, dass die Zahlen nicht überall verglichen werden konnten. Dieser Punkt wird seit der Einführung der Kostenrechnung bemängelt. Im Vergleich zum Vorjahr kommen diese Abweichungen nicht mehr so häufig vor, d.h. dass die Kostenrechnung immer klarer und aussagekräftiger wird.
- Im Budget für das Jahr 2011 ist ein Betrag für den Baurechtszins des alten Werkhofs berücksichtigt worden. Leider fehlt in diesem Fall die Vorwärtsstrategie des Gemeinderates, deshalb konnte dieser Ertrag nicht generiert werden.
- Die Pflegefinanzierung ist höher ausgefallen als budgetiert. Auch im Jahr 2012 wird dieser Posten etwas unsicher sein, weil die Basis für die Berechnung der Pflegefinanzierung auf zwei Jahre alten Zahlen beruht.
- Das Kirchfeld hat einen Gewinn von rund 955'000.00 Franken erwirtschaftet. Dieser Gewinn wird der Spezialfinanzierung gutgeschrieben. Das Ziel ist, pro Jahr ca. 500'000.00 Franken der Spezialfinanzierung zuzuweisen, damit für die in Kürze anstehenden Sanierungen genügend Reserven vorhanden sind. Die GPK wird ein Auge darauf haben, damit die Bewohner nicht allzu viel Gebühren zahlen müssen und sich nicht unnötig viel in der Spezialfinanzierung anhäuft.
- Wie schon letztes Jahr, wurden einige Investitionen nicht realisiert. Dank dieser Tatsache und auch dank dem Ertragsüberschuss, sehen die Kennzahlen jetzt besser aus als noch prognostiziert. Die etwas besseren Kennzahlen heissen aber nicht, dass Entwarnung gegeben werden kann. Die nächsten Jahre werden zeigen, ob der positive Trend fortgesetzt werden kann und wie stark die Verschuldung ansteigt.

Die GPK stellt keine Anträge und schliesst sich der Empfehlung der Revisionsstelle an, die Rechnung zu genehmigen. Ebenfalls ist die Mehrheit der GPK für die vom Gemeinderat vorgeschlagene Verbuchung des Ertragsüberschusses.

##### Eintreten BVK

Wir bemängeln an der Rechnung, dass sie schwer lesbar ist und dass gewisse Abweichungen nicht begründet wurden.

Die BVK ist einstimmig für die Genehmigung der Rechnung 2011.

Rita Sommerhalder  
(CVP)

Roland Bühlmann  
(SVP)

### **Eintreten GSK**

Die Gesundheits- und Sozialkommission nimmt zu folgenden Themen wie folgt Stellung:

Urs Hediger (CVP)

#### Entschädigung an Gemeinwesen

Neu bezahlt die Gemeinde einen Beitrag von 59'000.00 Franken an die regionale Familien- und Jugendberatung. Bisher hatte die Gemeinde eine eigene Stelle. Der Betrag entspricht in etwa jenem Betrag der letzten Jahre.

#### Kirchfeld, Haus für Betreuung und Pflege

Neu wird genau unterschieden zwischen Pflegedienstleistungen sowie Unterbringungs- oder Hoteldienstleistungen. Die Pflegedienstleistungen müssen kostendeckend abschliessen, d.h. es darf kein Gewinn zulasten der Krankenkassen ausgewiesen werden. Bei den Hoteldienstleistungen ist man an keine Vorgaben gebunden. Aus diesem Bereich resultiert auch der sehr gute Abschluss der Rechnung im Kirchfeld. Da das Kirchfeld seit 2008 spezialfinanziert ist, werden gemäss Oskar Mathis pro Jahr etwa 0.5 Mio. Franken benötigt, um künftige Investitionen finanzieren zu können.

#### Pflegekosten

Wie fast überall, bekundet man auch bei uns Mühe, erforderliches Pflegepersonal zu rekrutieren. Trotz mehrmaligem Inserieren und Werben kann das ausgebildete Personal nicht angesprochen werden. Diese Thematik wird sich sicherlich in Zukunft noch verschärfen.

Generell erfolgt der Heimeintritt später, dadurch ist dann auch die Pflegebedürftigkeit entsprechend höher. Das Mindestpensum für Mitarbeitende in der Pflege im Kirchfeld liegt bei 60 %. Liegt hier vielleicht ein Ansatz, um das Problem in naher Zukunft zu entschärfen?

#### Soziale Wohlfahrt

Zum Thema Familie plus auch ein bereits erwähntes Problem: Man hat Schwierigkeiten, hier eine genügend Anzahl Tageseltern zu finden. Im Moment werden drei bis vier zusätzliche Tageseltern benötigt. Ist das Angebot nicht ausreichend vorhanden, kommen vermehrt das schulergänzende Betreuungsabgebt oder dann, wenn möglich, die Kitas zum Tragen.

Bei den Hilfsaktionen informierten wir uns über den Patientenhilfefonds. Bezüger dieses Fonds sind nur Bewohner vom Kirchfeld. Dieser Fonds wurde aufgrund einer Schenkung vor etwa 10 Jahren eingerichtet. Die Bezüge aus diesem Fonds sind nicht rückzahlungspflichtig.

#### Kleininvestitionen

Die Bezeichnung "Kleininvestitionen" und der Betrag von 440'000.00 Franken stiftete ein bisschen für Verwirrung. Wir wurden entsprechend informiert, dass die Beträge immer in etwa der gleichen Grössenordnung erfolgten.

Die GSK ist einstimmig für Eintreten sowie Annahme vom B+A Nr. 1483.

### **Eintreten CVP**

Die CVP hat erfreut vom Rechnungsergebnis 2011 Kenntnis genommen. Entgegen der Erwartung im Budget, hat die Rechnung nach mehreren Jahren mit Verlust wieder einmal positiv abgeschlossen. Die Analyse zeigt aber, dass die positive Abweichung vorwiegend auf nicht wiederkehrenden Sondereffekten beruht. Ausserordentliche und nicht budgetierte Erträge fallen in den Bereichen Steuernachträge, Grundstückgewinn und Straf- und Nachsteuern an. Schliesslich wurden auch Buchgewinne aus dem Verkauf von Finanzvermögen realisiert.

Markus Bider (CVP)

Bemerkenswert und im Hinblick auf künftige Ergebnisse wichtiger ist die Tatsache, dass die Ausgaben um rund 2 Mio. Franken über dem Budget liegen. Die Abweichungen resultieren aus einem erhöhten Sachaufwand aufgrund ungeplanter und unaufschiebbarer Ersatzinvestitionen. Weitere wesentliche Abweichungen ergeben sich aus der noch nicht abgeschlossenen Umverteilung der Pflegefinanzierung zwischen Kanton und Gemeinden. Bei diesen Mehrausgaben handelt es sich somit weitgehend um wiederkehrende Mehraufwendungen.

Aufgrund verschiedener Umstände konnte das angepeilte Investitionsprogramm bei Weitem nicht umgesetzt werden. Statt 10 Mio. wurden nur 3 Mio. Franken neu investiert. Dies aufgrund von Verzögerungen beim Umbau des Gemeindehauses, der Sanierung der St. Niklausenstrasse sowie in verschiedenen kleineren Projekten. Diese Verzögerungen bei geplanten Investitionen sowie der positive Rechnungsabschluss führen dazu, dass die liquiden Mittel Ende das Jahres um 6 Mio. Franken über dem Vorjahreswert liegen. Die Nettoschuld reduzierte sich gegenüber dem Vorjahr erneut.

Die CVP stellt fest, dass die Gemeindefinanzen trotz einem positiven Jahr mit vielen Sondereffekten strukturell weiterhin defizitär sind. Horw hat ein weiteres Jahr teilweise von der Substanz gelebt. Wir betonen, dass ausgeglichene Finanzen mittelfristig nur bei weiterhin hoher Ausgabendisziplin und zielgerichteter Umsetzung der Wachstumsmassnahmen im Bereich Ortskern und Horw Mitte erreichbar sind. Wie schwierig Wachstum und Ausgabendisziplin zu vereinbaren sind, zeigen uns die Diskussionen in unseren Nachbarländern. Wachsen kann aber auch nur, wer ein gutes und vielseitiges Leistungsangebot hat, auch dazu müssen wir Sorge tragen. Erfolg hat nicht der Unternehmer, der sein Unternehmen durch Sparen aushungert, Erfolg hat der Unternehmer, der clever investiert. Das ist aus unserer Sicht die Herausforderung, der sich die Gemeinde und ihre Behörden in den nächsten Jahren gegenübersehen.

Die CVP ist für Eintreten und Annahme der Rechnung 2011.

#### **Eintreten SVP**

Die Rechnung 2011 ist vordergründig positiv. Schaut man hingegen hinter die Kulissen, sieht es nicht ganz so eindeutig aus. Eindeutig ist wohl, dass der Abschluss nur deshalb positiv ist, weil verschiedene Bauvorhaben in beträchtlicher Höhe aus verschiedenen Gründen aufgeschoben wurden.

Zu verschiedenen Einzelposten wird sich unsere Fraktion während der Detailberatung äussern.

Was bei einem Legislativende besonders interessiert, ist die Beurteilung der Lage. Dazu gibt uns die Medienmitteilung des Gemeinderates sowie der darauf basierende Zeitungskommentar interessante Aufschlüsse. Selbstverständlich mögen wir dem scheidenden Finanzvorstand seinen positiven Abschluss gönnen. Dagegen irritiert uns, dass er - angesichts der eher negativen Begleitumstände - findet, dies sei "ein positives Zeichen für die Zukunft von Horw".

Es ist davon auszugehen, dass die trotz des Gewinns gleich gebliebene Aussenverschuldung unserer Gemeinde bis ca. 2017 gegen 100 Mio. Franken ansteigen wird. Dies ist einer Grafik aus dem Finanzdepartement zu entnehmen. Die SVP wehrt sich gegen eine ungesunde Verschuldung von Horw und wir werden weiterhin dagegen ankämpfen, selbst wenn uns dies Mandate kosten würde. Als Schulden-Obergrenze sehen wir einen Betrag von ca. 60 Mio. Franken.

Es ist mir im Übrigen schleierhaft, welche Zeitung im Gemeinderat gelesen wird. Studiert man den kompetenten Wirtschaftsteil der NLZ, ist die Aussage des Gemeinderates

Alwin Larcher (SVP)

"aus dem Talboden der Wirtschaftskrise heraus" rätselhaft, da wir in der Schweiz in den letzten Jahren keinerlei Krise durchstehen mussten.

Auch für 2012 sieht der Gemeinderat einen "positiven Abschluss" voraus. Diese seltene Gabe der Prophezeiung kontrastiert mit dem im Zeitungsartikel enthaltenen prognostizierten Defizit von 1.78 Mio. Franken somit mehr als der Gewinn 2011. Damit liegt für den Nachfolger im Finanzdepartement bereits eine Knacknuss bereit.

Der Abschluss 2008 (Beginn der Legislatur) umfasste noch ca. 113 Seiten, gegenüber dem vorliegenden mit ca. 140 Seiten. Dies zeigt deutlich die Entwicklung der Bürokratie innert vier Jahren. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten auf den B+A Nr. 1483.

### **Eintreten FDP**

Die Gemeinde Horw kommt nochmals mit einem blauen Auge bezüglich positivem Rechnungsergebnis davon. Von einer "Budgetdisziplin", wie es der zuständige Gemeinderat nennt, sind wir aber weit entfernt, ist doch eine massive Abweichung beim Gesamtaufwand und -ertrag von bis zu 8.5 % massiv. So gibt es z.B. beim Sachaufwand "baulicher Unterhalt" eine Abweichung von knapp 17 %.

Der Ertragsüberschuss, welcher vor allem dank Nach- und Strafsteuern von 2 Mio. Franken entstanden ist, sowie Erbschafts- und Grundstücksteuern und der Verkauf eines Grundstücks verdecken die strukturellen Probleme wie auch den vernachlässigten Unterhalt an den Gemeindeliegenschaften. So musste baulicher Unterhalt am Dach einer Turnhalle und beim Werkhof im Umfang von 300'000.00 Franken sofort ausgeführt werden.

Wie bereits in den Vorjahren verlangt, müssen die Erklärungen bei Abweichungen aussagekräftiger werden und dürfen vor allem nicht fehlen.

Die FDP-Fraktion ist über die ausserordentlichen Erträge erfreut, gleichzeitig aber auch beängstigt bezüglich der immer steigenden Aufwandseite. Es gilt nun nach vorne zu schauen, sodass wir im 2012 und auch fürs Budget 2013 die durchaus nachvollziehbaren und plausiblen Ausgaben noch besser in den Griff bekommen.

Bei den Investitionen gibt es eine Verschiebung der Projekte auf die Folgejahre, sei es aufgrund von Einsparungen oder der Volksabstimmung zum Gemeindehaus.

Die vorliegende Rechnung kann von der FDP-Fraktion so akzeptiert werden und wir sind für Eintreten und Genehmigung der Rechnung 2011.

### **Eintreten L2O**

Das positive Ergebnis der Rechnung 2011 nimmt die L2O mit verhaltener Freude zur Kenntnis. Dass dieser positive Rechnungsabschluss zustande kam, war massgeblich den Nach- und Strafsteuern, Grundstück-, Lotteriede- und Handänderungssteuern auf der Ertragsseite, im Wert von total 3.2 Mio. Franken zuzuschreiben. Es zeigte sich einmal mehr, dass die ordentlichen Steuern immer noch nicht jenen erhofften Vorstellungen entsprechen, welche seit der Steuersenkung erwartet werden. Diese blieben schlussendlich und einmal mehr schon wieder unter den Erwartungen. Ein Buchgewinn von gut 1 Mio. Franken durch den Verkauf einer Liegenschaft und der Verkauf von diverser Wertpapieren lassen den Rechnungsabschluss eigentlich gut aussehen.

Die Sparbudgets der vergangenen Jahre scheinen die Gemeinde Horw nun langsam einzuholen, denn um knapp 4 Mio. Franken wurde der budgetierte Aufwand übertroffen. Die L2O vermutet, dass in den kommenden Jahren noch weitere Aufwendungen nachgeholt werden dürften.

Urs Rölli (FDP)

Heiri Schwegler (L2O)

Die vom Gemeinderat vorgesehene Verwendung von 514'085 Franken möchte die L2O nicht dem Eigenkapital gutschreiben, sondern der Vorfinanzierung des Südbahnhofs. Den entsprechenden Antrag wird die L2O dann zum Beschlusstext stellen.

Die L2O ist für Eintreten und Genehmigung der Rechnung 2011.

Nach drei härteren Jahren hat uns das erfreuliche Rechnungsergebnis selbstverständlich positiv gestimmt. Es wird aber gerne vergessen, dass wir wegen der Steuergesetzesrevision einige Millionen Franken weniger an Steuergeldern eingenommen haben. Jetzt haben wir ein Signal und eine Basis für den anstehenden Finanz- und Aufgabenplan für die zukünftigen Jahre. Wie Sie richtig festgestellt haben, ist der Ertragsüberschuss durch Sondersteuern zustande gekommen sowie Mehrerträgen aus Liegenschaftsverkäufen. Durch die wenigen Investitionen, die Gründe für die Verzögerung sind Ihnen bekannt (Sanierungen Gemeindehaus und St. Niklausenstrasse), ist die Nettoverschuldung leicht zurückgegangen. Die Aussichten sind tatsächlich so, dass wir einen Investitionsstau und einen Investitionsbedarf haben und sich das in den zukünftigen Jahren vorübergehend verschlechtern kann. Aber das ist etwas, was wir in der Vergangenheit bei grösseren Investitionen auch schon gehabt haben und Horw konnte sich immer wieder aus der Situation befreien.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

Zu den Steuererträgen darf ich darauf hinweisen, dass die ordentlichen Steuern im Gegensatz zum Vorjahr zugenommen haben.

Was mir aber ein weh tut, ist das Votum zur Budgetdisziplin. Ich verstehe, wenn Sie einzelne Positionen herauspicken, dass man einmal eine Abweichung haben kann von 16 % oder wie erwähnt 17 %. Aber ich denke, dass gerade der Rat das aus einer gewissen Vogelperspektive anschauen muss. Ich verweise gerne auf die Tabellen auf Seite 9, wo Sie den Zusammenzug nach Arten finden. Diese Tabellen sagen sehr viel aus, denn dort sehen Sie, dass im Total der Personalaufwand lediglich um 0.1 % und der Sachaufwand um 3.5 % abweicht. Wenn Sie jetzt einen Teil herausnehmen, wie den baulichen Unterhalt, dann haben wir eine Abweichung von 16 %. Wir haben aber probiert, das zu erklären, und zwar haben wir mit dem Wechsel des Leiters Immobilien dem neuen Mitarbeiter die Möglichkeit gegeben, die Sachen zu beurteilen und das hat natürlich zu einem Investitionsbedarf bzw. gebundenen Ausgaben von Reparaturen geführt, die inzwischen anstanden, geführt. Die Passivzinsen sind gleich geblieben, die Abschreibungen etwas tiefer, weil wir weniger investiert haben.

Auf einzelne Aussagen würde ich gerne in der Detailberatung zurückkommen.

Ich habe mit Interesse das Eintreten von Herrn Larcher zur Kenntnis genommen. Er hat uns eine Limite bei der Verschuldung von 60 Mio. Franken dargelegt. Ich bitte Herrn Larcher zu präzisieren, ob er damit die Verschuldung gegenüber Banken meint, die im Moment bei 42 Mio. Franken liegt, oder die Nettoverschuldung, die im Moment bei 20 Mio. Franken liegt. Das erlaubt unserer Fraktion, die Planung in der Zukunft ein wenig besser mit der SVP abzustimmen.

Markus Bider (CVP)

Es ist nicht so, dass es ein Limite von 60 Mio. Franken gibt, sondern das ist die Limite der Aussverschuldung, die es nach unserem Dafürhalten erlaubt, auch wenn zurzeit höhere Zinsen noch nicht in Sichtweite sind, ohne grosse Reduktion der Bewegungsfreiheit die Zinsen zu zahlen. Wir sollten schauen, dass die Aussverschuldung nicht wesentlich über den Level 60 Mio. Franken hinausgeht. Wir haben gesehen, dass die Finanzabteilung mit mehr als 90 Mio. Franken bis ins Jahr 2017 rechnet und das darf nicht sein.

Alwin Larcher (SVP)

## Detailberatung

### Bericht und Antrag

#### 550140 Ergänzungsleistungen und Familienzulagen, S. 71

Im Kommentar heisst es, dass mit einem Betrag von Fr. 273.96 abgerechnet wurde, im Budget waren Fr. 289.12; es müsste also ein tieferer Betrag ausgewiesen sein. Woher kommt es, dass der Betrag rund 400'000 Franken höher ist?

Thomas Zemp (CVP)

Aufgrund der Pflegefinanzierung im Zusammenhang mit der Botschaft, die uns der Kanton gegeben hat, wurde mit 37.40 Franken Entlastung bei den Ergänzungsleistungen gerechnet. Eingetroffen sind aber nur 15.00 Franken, d.h. wir haben 22.00 Franken weniger Ertrag und daher ergibt sich nachher die grössere Differenz und wir haben darum schlussendlich schlechter abgeschlossen.

Oskar Mathis (L20)

#### 5710 Spezialfinanzierung Wasserversorgung, S. 90

Ich hätte gerne eine generelle Auskunft über den Zustand der Spezialfinanzierung. Wir haben ja das Wasserversorgungsreglement geändert und wir zahlen jetzt zum Teil massiv höhere Beiträge mit der Begründung, dass wir die privaten Leitungen zu einem grossen Teil öffentlich erklären lassen und sanieren wollen. Jetzt sehe ich nicht, dass wir bereits am Sanieren sind, aber ich sehe, dass die Spezialfinanzierung jetzt schon nicht mehr aufgeht, denn es werden 80'000 Franken aus der Spezialfinanzierung herausgenommen. Haben wir uns verkalkuliert? Gehen die Tarife noch weiter nach oben oder wieso stellt sich der Abschluss jetzt so dar? Ich hätte erwartet, dass wir im Moment Reserven anlegen, damit wir nachher auch die Leitungen sanieren können.

Thomas Zemp (CVP)

Es ist nicht so, dass wir im Moment keine Wasserleitungen sanieren, sondern wir sind im Programm gemäss Zustandsaufnahme und nehmen dauernd Sanierungen vor wie budgetiert. Es ist nicht so, dass wir das Geld nicht brauchen und anhäufen, weil die Tarife höher sind.

Manuela Bernasconi (CVP)

Die Verpflichtung an die Spezialfinanzierung Wasserversorgung beträgt total 13.6 Mio. Franken. Die Veränderung, die im Geschäftsjahr 2011 stattgefunden hat, sind einerseits die Investitionen von 329'000 Franken und andererseits ein Abgang von 88'000 Franken in die Spezialfinanzierung Siedlungsentwässerung.

Gianmarco Helfenstein (CVP)

Ich stelle auch fest, dass man der Spezialfinanzierung jetzt ziemlich massiv kalkulatorische Kosten aufs Auge gedrückt hat, die man früher nicht hatte und wahrscheinlich sind das kalkulatorische Kosten für etwas, was schon längstens abgeschrieben ist, was eigentlich durch die Spezialfinanzierungen abgeschrieben worden ist. In dem Sinn habe ich den Eindruck, dass die Gemeinde letztlich Geld aus der Spezialfinanzierung nimmt.

Thomas Zemp (CVP)

#### Investitionsrechnung, S. 118

Die Aussage "Gemeinden mit mehr als 10'000 Einwohnern müssen zwingend im Einzelfall Ausgaben bis zu 250'000.00 Franken der Laufenden Rechnung belasten" stimmt so nicht mehr. Die Vorschriften wurden gelockert. Die GPK schliesst sich der Empfehlung Revisionsstelle an, künftig Ausgaben zwischen 50'000.00 und 100'000.00 Franken der Laufenden Rechnung zu belasten. Die GPK hat einen Auftrag erteilt, zu prüfen, wie sich diese neuen Regelungen auf die nächsten Rechnungen oder Budgets auswirken könnten.

Rita Sommerhalder (CVP)

**462005 Vorprojekt Kastanienbaumstrasse, Buholz bis Schwanden, S. 122**

Ich möchte gerne wissen, wie es mit dem Projekt Kastanienbaumstrasse weitergeht. Wird der Geh- und Radweg allenfalls weitergeplant?

Marcel Zimmermann  
(SVP)

Wir hatten ein Projekt, das die Bevölkerung abgelehnt hat und wir haben darauf hingewiesen, dass wir kein anderes Projekt haben. Darum ist auch überhaupt nichts geplant.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Ich muss noch einmal etwas zu der SVP sagen: Als wir das Geschäft beraten haben, habe ich ja noch verstanden, dass Sie wegen dem Knoten Buholz das Referendum ergreifen mussten. Aber zur Strasse haben Sie damals gesagt, dass eine Sanierung und Verbreiterung der Kastanienbaumstrasse notwendig sei. Im Flyer, den sie verschickt haben, haben Sie dann gesagt Nein, jetzt müsse man nur noch den Gehweg machen. Also der Gemeinderat weiss schlichtweg nicht, was er machen soll. Da müssten Sie jetzt eine Motion machen und sagen, dass Sie das Geschäft vor dem Volk zu Fall gebracht haben, aber der Gehweg z.B. gemacht werden müsse. Verlangen Sie das doch per Motion.

Thomas Zemp (CVP)

Ich finde es ein wenig seltsam, dass aufgrund der Beratungen, aufgrund von Volksabstimmungen und aufgrund von Meinungen, wenn auch nicht von allen, der Gemeinderat einfach sagen kann, er habe nichts und er mache nichts. Wir haben immer gesagt, dass punktuelle Verbesserungen, wie der Radweg und der Fussgängerweg, nötig sind und dass man auch gewisse Ausweichstellen sanieren kann. Also irgendetwas, Frau Bernasconi, dürfen Sie schon machen. Legen Sie uns einmal etwas vor. Ich meine, dass es nicht richtig ist, dass sich die Exekutive jetzt zurückzieht und einfach nichts macht. Wir haben lange genug darüber gesprochen, machen Sie uns neue Vorschläge, dann werden wir darüber befinden.

Alwin Larcher (SVP)

Wir haben in der Botschaft ganz klar gesagt, was die Konsequenz von einem Nein ist und ich muss in der Demokratie davon ausgehen, dass das Volk das gelesen und entschieden hat. Wir haben im Moment kein Projekt, denn das Volk hat Nein gesagt zur Sanierung der Strasse, d.h. die Strasse wird so akzeptiert wie sie ist. Es wäre reine Kaffeesatzleserei, wenn der Gemeinderat darauf setzen würde, dass alle das meinen, was die SVP meint. Das Volk kannte die Konsequenz und das Nein ist ein klarer Volksentscheid, den wir respektieren. Und einfach einmal etwas machen - Sie haben vorher in einem Votum gesagt, dass wir eigentlich genug Aufgaben hätten - also erfüllen wir doch diese.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Ich staune schon über die SVP. Da kommt der von Herrn Zemp erwähnte Flyer ins Haus, in dem es heisst, dass Sie auch gegen das nächste Strassenprojekt sein werden und da begreife ich den Gemeinderat, dass er jetzt wartet, bis auch die nächste Abstimmung vorbei ist, damit man sieht, was das Volk meint. Wie Frau Bernasconi gesagt hat, ist es wirklich Kaffeesatzleserei, was die SVP betreibt, das ist keine weitsichtige Politik. Ich erwarte aber von der SVP, dass man nicht innerhalb von einem halben Jahr umschwenkt, sondern eine Kontinuität hat und nicht so eine Politik, wie sie zurzeit betrieben wird.

Urs Röllli (FDP)

Herr Röllli, ich darf Sie daran erinnern, dass es ein Referendumskomitee gibt, in dem genau gleich viele FDP-Leute wie SVP-Leute sind. Das Referendumskomitee durfte in der Abstimmungsbotschaft eine ausführliche Stellungnahme abgeben und ich möchte Frau Bernasconi empfehlen, diese einmal durchzulesen. Daraus geht klar und eindeutig hervor, was sich das Referendumskomitee für die Zukunft vorstellt.

Robert Odermatt  
(SVP)

**470004 Wasserleitung St. Niklausenstrasse; Post - Utohorn, S. 123**

Ich möchte Sie auf den falschen Titel "Tannegg - Langensand" hinweisen, die richtige Bezeichnung ist "Post - Utohorn".

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

**Anhang I**

Keine Anmerkungen

Konrad Durrer (L2O)

**Anhang II**

Keine Anmerkungen

**Abstimmung:**

- 1. Der Rechnung 2011 der Einwohnergemeinde Horw, umfassend Laufende Rechnung, Investitionsrechnung und Bilanz per 31. Dezember 2011, wird einstimmig die Genehmigung erteilt.**
- 2. Es wird einstimmig zugestimmt, dass keine Nachtragskredite im Sinne von Art. 57 der Gemeindeordnung zu bewilligen sind.**

**Beschluss, Punkt 3, S. 144**

Die L2O beantragt, den restlichen Ertragsüberschuss von Fr. 514'085.40 nicht dem Eigenkapital, sondern der Vorfinanzierung Südbahnhof gutzuschreiben. Somit würden der Vorfinanzierung Südbahnhof Fr. 1'014'085.40 statt Fr. 500'000 gutgeschrieben.

Heiri Schwegler (L2O)

Gibt es für den Antrag eine Begründung?

Thomas Zemp (CVP)

Wir sind der Überzeugung, dass der Südbahnhof in der Grössenordnung gefördert und unterstützt werden muss.

Heiri Schwegler (L2O)

**Abstimmung:**

Antrag der L2O, vom Ertragsüberschuss Fr. 1'014'085.40 der Vorfinanzierung Südbahnhof gutzuschreiben.

Konrad Durrer (L2O)

**Der Antrag wird mit 3:23 Stimmen abgelehnt.**

**Abstimmung, Punkt 3**

**Einstimmig wird der Ertragsüberschuss von Fr. 1'514'085.40 wie folgt verbucht:**

- **Fr. 500'000 werden der Vorfinanzierung ORST gutgeschrieben.**
- **Fr. 500'000 werden der Vorfinanzierung Südbahnhof gutgeschrieben.**
- **Der restliche Ertragsüberschuss von Fr. 514'085.40 wird dem Eigenkapital gutgeschrieben.**

**Gesamtabstimmung:**

**Dem Bericht und Antrag Nr. 1483, Jahresrechnung 2011, wird einstimmig zugestimmt.**

**5. Fragestunde**

## **6. Dringliche Motion Nr. 272/2012 von Thomas Zemp, CVP: Planungsbericht "Entlastung pflegender Angehöriger"**

Die Motion kann eine Massnahme sein, um einen Beitrag zu leisten, die Pflegefinanzierungskosten möglichst tief zu halten, denn letztlich ist es so, dass ein Fall im Pflegeheim immer der teuerste Fall ist. Mir kommen verschiedene Beispiele in den Sinn, wie ein älteres Ehepaar, das sich gegenseitig unterstützt. Wenn dieses an eine Grenze kommt, an der es einem Partner nicht mehr möglich ist Unterstützung zu leisten, sind am Schluss meistens beide Partner im Pflegeheim. Das verursacht immense Kosten und ich denke, es müsste im Interesse des Gemeinwesens sein, Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Leute möglichst lange zu Hause sein können, Pflegeunterstützung erhalten und erst am Schluss eine vollständige Pflege im Pflegeheim in Anspruch nehmen müssen. Ich bin darum dankbar, wenn Sie die Motion unterstützen.

Thomas Zemp (CVP)

Ich möchte noch eine Vorbemerkung zur Dringlichkeit machen, die wir abgelehnt haben. In letzter Zeit ist es sehr häufig vorgekommen, dass dringliche Vorstösse eingereicht wurden. Leider haben wir formal nicht die Möglichkeit, das genauer zu regeln, sondern Sie entscheiden abschliessend, was Sie als dringlich empfinden und was nicht. Es ist aber wichtig, dass der Rat fundierte Antworten erhalten kann und der Gemeinderat die Geschäfte gegenüber Ihnen auch fundiert vertreten kann. Trotzdem ist der Gemeinderat natürlich bereit, die Motion entgegenzunehmen.

Oskar Mathis (L20)

Man müsste den Blick auch auf die Pflegefinanzierung richten und schauen, ob der "Pilatusblick" erhalten werden kann. Wenn wir das Ganze angehen ist es sowieso wichtig, dass man das umfassend macht und der Gemeinderat hat das auch bereits in seinem Jahresprogramm vorgesehen. Darin heisst es unter dem Punkt Gesundheit: "Die Erfahrungen mit dem Instrument Planungsregion Alterspolitik sind ausgewertet. Mit der neuen Pflegeheimplanung wurden Planungsregionen geschaffen...". Eine zweite Zielsetzung ist: "Ein neues Steuerungsinstrument in der Altersversorgung liegt aufgrund des Projektes "Innovative Alterspolitik" vor." Sie rennen also offene Türen ein, aber wir möchten unseren Auftrag umfassender wahrnehmen. Wir hätten es bisher so geplant, dass wir das Instrument in diesem Jahr in der Exekutive erarbeiten und Ihnen dann im Zusammenhang mit dem Jahresbericht Auskunft geben. Wenn Sie die Motion jetzt überweisen, sind wir gezwungen, einen Planungsbericht zu machen und das löst sicher Kosten zwischen 50'000 und 100'000 Franken aus. Der Gemeinderat ist aber bereit, die Motion in diesem umfassenden Sinne entgegenzunehmen.

## **7. Dringliches Postulat Nr. 634/2012 von Jürg Biese, FDP, und Mitunterzeichnenden: Alternativ-Standort Spielgruppe Allmend**

Ich gehe davon aus, dass alle Einwohnerräte den Pavillon der Spielgruppe Allmend zumindest von aussen kennen. Der Pavillon ist während der ganzen Woche belegt und die Spielgruppe wird von insgesamt ca. 70 Kindern besucht, was sehr erfreulich ist. Der Zustand dieses Pavillons ist aber sehr bedenklich. Isolation, sanitäre Anlagen, die Heizung, die ganze Infrastruktur weist einen inakzeptablen Zustand auf.

Jürg Biese (FDP)

Die Anforderungen an die Räumlichkeiten sowie die Sicherheit und Hygiene gemäss Konzept der Spielgruppen der Gemeinde Horw sind im vorliegenden Fall definitiv nicht erfüllt. Auch aus pädagogischer Sicht ist der Spielgruppenraum ungeeignet. Hinzu kommt, dass der Aussenbereich des Pavillons häufig von älteren Schülern als "Raucherplatz" benutzt wird, sodass der Standort des Pavillons respektive der Spielgruppe in Frage zu stellen ist.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, unser Nachwuchs hat etwas Besseres als den Pavillon Allmend zum Einstieg ins Kindergarten- und Schulalter verdient!

Mit dem B+A Nr. 1453 "Anpassung Bebauungsplan Ortskern und Änderung des Zonenplans" sowie dem B+A Nr. 1466 "Planungsbericht Landabgabe im Ortskern", hat der Einwohnerrat die Landabgabe von drei Baufeldern (Baufeld E, F1 sowie F2) verabschiedet. Darin sind u.a. öffentliche Nutzungen wie Gemeindesaal, Bibliothek/Mediathek und Ludothek vorgesehen sind. Zudem hat sich die Kindertagesstätte Kita als interessierter Mieter von Räumen in den Erdgeschossen gemeldet. Mit dem Bericht + Antrag Nr. 1470 haben wir zudem den Projektierungskredit für Vor-, Bauprojekt und Kostenvoranschlag Oberstufenschulhaus verabschiedet. In all diesen Berichten und Anträgen wird nirgendwo auf das von bereits verschiedenen Stellen eingebrachte Anliegen der Spielgruppe Allmend eingegangen.

Darum fordere ich mit meinem Postulat den Gemeinderat auf, eine Integration der Spielgruppe Allmend in die Neubauten auf den Baufeldern E, F1, im neuen Oberstufenschulhaus oder an einem besseren Standort zu prüfen und umzusetzen. Dabei ist insbesondere auf die Anliegen dieser Spielgruppe einzugehen.

Tatsächlich sind die Pavillons inzwischen in die Jahre gekommen. Andererseits müssen wir sehen, dass das Problem erkannt ist. Bei den laufenden Projekten, sei es das Oberstufenschulhaus oder die Ortskernerweiterung, wird das Thema immer berücksichtigt: Auch Investoren haben Interesse, solche Räumlichkeiten zu erstellen und zur Verfügung zu stellen. Im Bereich von "horw mitte" ist es sicher auch ein Thema, für den Kleinkindergarten und den Kindergarten eventuell etwas zu planen, das aber eher auf einer mittel- bis längerfristigen Zeitachse.

Gianmarco Helfenstein  
(CVP)

Als Sofortmassnahme wird eine Delegation vom Gemeinderat den Pavillon Allmend nächste Woche anschauen. Danach werden wir entscheiden, ob man Sofortmassnahmen am Gebäude vornehmen muss. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

## **8. Postulat Nr. 631/2012 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Anbindung Bahnhof Horw an das Normalspurnetz der SBB für Personenzüge**

Wie Sie dem Text des Postulats entnehmen können, geht es in erster Linie um die Machbarkeit und allfällige Kosten, welche mit den entsprechenden Stellen geprüft werden müssen. Für Horw insofern ein Glücksfall, da die Infrastruktur praktisch vollständig besteht, mit Ausnahme im Bahnhof Horw (Perron auf Technikum-Seite und Elektrifizierung im Bahnhof Horw, Gleis 4).

Urs Röllli (FDP)

Die Entwicklung im Schwerpunkt Luzern Süd und auch innerhalb der Gemeinde Horw bedingt einen übergeordneten Blickwinkel. Die Weiterentwicklung im Gebiet der Luzerner Allmend (Wohnhäuser, Hallenbad, Sportanlagen etc.) könnte sich für den Individualverkehr sowie die Buslinie 20 nachteilig auswirken und zu Mehrverkehr führen. Die Erweiterung des Bahnangebotes könnte hier Entlastung bringen. Seit Januar gab es auch verschiedene Zeitungsberichte betreffend Extrazügen (Normalspurzüge) auf die Allmend. Das Gleis wird im neuen Tunnel weiterhin bestehen und bedingt keine zusätzlichen Investitionen. Nützen bzw. optimieren wir die neu erstellte Infrastruktur, an der sich die Gemeinde Horw mit 150'000 bis 200'000 Franken beteiligen musste. Ich danke für die Unterstützung dieses Postulats.

Wir sind bereits seit Langem daran, unseren Bahnhof Horw auf die neuen Angebote, aber auch auf die Weiterentwicklung von "horw mitte" stark zu bearbeiten. Auch in den Jahreszielen haben wir diese Themen definiert. Die von Herrn Röllli angesprochenen Bereiche haben wir bereits im Herbst 2010 geprüft, indem wir die verschiedenen Varianten angeschaut und gesehen haben, dass die Variante mit einem Normalspurgleis eine sehr teure Variante ist.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Wir nehmen das Postulat zur Prüfung entgegen, weil wir bereits seit längerer Zeit an dem Thema arbeiten und schon relativ viel geprüft haben. Wir werden Ihnen dann entweder mit dem Projekt die Antworten geben können oder Sie im Rahmen der unerledigten Geschäfte informieren.

## **9. Interpellation Nr. 608/2012 von Reto von Glutz, SVP, und Mitunterzeichnenden: Kohlenmonoxidvergiftungen - was tut die Gemeinde Horw?**

Die Interpellation wurde am 10. Mai 2012 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Konrad Durrer (L2O)

Ich verlange Diskussion.

Reto von Glutz (SVP)

Zur schriftliche Beantwortung der Interpellation habe ich noch ein paar allgemeine Bemerkungen und zwei bis drei Ergänzungsfragen.

Vom Thema Kohlenmonoxid sind zwar auf den ersten Blick nicht viele Bürger und Bürgerinnen betroffen, aber bei denen, die es betrifft, kann es rasch einmal um Leben und Tod gehen. Die Gefahr vor Unfällen bei Öl-, Gas- und Holzschneitzelheizungen ist vielen Menschen gar nicht bewusst. Leider kommt es denn auch immer wieder zu Unfällen. Als neueres Beispiel aus der Region sei nur eine Staubexplosion in einer Holzschneitzel-

Heizungsanlage bei der Migros in Dierikon erwähnt, was bei drei Personen zu Verbrennungen bzw. Rauchvergiftungen geführt hat (vgl. NLZ-Bericht vom 20. April 2012). Trotzdem ist der Gemeinderat leider nicht bereit, Massnahmen zu ergreifen. Umso wichtiger erscheint es mir, noch einmal zu betonen, dass die Sensibilisierung der Bevölkerung und die Information, was für Gefahren mit derartigen Anlagen verbunden sind, sehr wichtig ist. Ich stimme Ihnen zu, dass man auf private Anlagen vom Gemeinwesen aus keinen Einfluss nehmen kann. Bei gemeindeeigenen Anlagen möchte ich aber doch zu überlegen geben, ob man vielleicht die vom Gemeinderat erwähnten Warngeräte anschaffen soll. Wenn bekannt, hätte ich gerne eine Auskunft, wo solche Geräte bereits vorhanden sind und wie viele es gibt. Im Übrigen möchte ich die Anregung machen, dass man bei der Erteilung von Baubewilligungen von Gebäuden, wo private Heizungsanlagen eingebaut werden, den Hinweis auf solche Überwachungsgeräte machen könnte.

Unsere Mitarbeiter sind sich der Gefahren bewusst, sind genügend geschult und wissen, wie sie sich verhalten müssen. Das ist wahrscheinlich auch der Unterschied zu Privaten, auf die aber die Feuerkontrolleure einen direkten Einfluss haben.

Manuela Bernasconi  
(CVP)

Kameras haben wir noch nicht, diese wären aber eine Möglichkeit, natürlich unter Kostenfolge. Wir können durchaus bei der Budgetierung überlegen, was Kameras kosten würden und wo diese sinnvoll wären.

Zur angesprochenen Sensibilisierung kann ich sagen, dass wir solche Sicherheitsthemen auch immer wieder im Blickpunkt aufgreifen und auf die Gefahren aufmerksam machen.

Ich bin mit der Beantwortung zufrieden und gebe meiner Hoffnung Ausdruck, dass Sie auf die nächste Heizperiode einen fachintensiven, guten Blickpunktartikel publizieren.

Reto von Glutz (SVP)

Konrad Durrer  
Einwohnerratspräsident

Ulrich Nussbaum  
Sekretär

Daniel Hunn  
Gemeindeschreiber

Heike Sommer  
Protokollführerin

Versand: 20. Juni 2012